



## Inhalt

Seite 1-3: Jugendpolitik  
gegen rechts

Seite 4 : Polizei-  
schläger?

Seite 5: Sowjetischer  
Friedhof

Seite 6: Lyrik

Seite 7: Revolutionä-  
rer 1. Mai

Seite 8- 9: Tschetsche-  
nien

Seite 10: Kolumne  
Nazi-Guppys

Seite 11: Sommerrätsel  
für  
Rote Rüben

Seite 12: Termine

# Freibärger

## Freibergs alternative Zeitung

Preis: eine  $\frac{3}{4}$  Mark

Nummer 18

Juli 2000



Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über eine Gewalttat eines rechts gerichteten Jugendlichen in den Medien berichtet wird. Neben den spektakulären Mordfällen wie dem an Patrick in Hohenstein-Ernstthal im Oktober vergangenen Jahres, dem an Falco aus Eberswalde am 31. Mai diesen Jahres oder dem brutalen Mord an dem 39-jährigen Alberto Adriano aus Dessau am 12. Juni, wird auch immer häufiger über die alltäglich stattfindenden kleineren Übergriffe zumindest in den Randspalten der bürgerlichen Medien berichtet. Kaum ein Monat vergeht, in dem nicht ein mehr oder weniger prominenter Politiker mehr Zivilcourage von der deutschen Bevölkerung fordert. Trotzdem hat sich nichts geändert, die Bilanz der faschistischen Mordbuben: seit 1989 über 200

hinterhältig ermordete Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Da klingt es schon wie ein Hohn, wenn Politiker wie die Mitglieder des Stadtrats von Grimma "Wehret den Anfängen!" fordern. Wo leben die eigentlich? Ein Rückblick aus Freiburger Perspektive: 20. April-Überfall auf das Brand-Erbisdorfer Jugendhaus "Rote Rüben". Bilanz zum Glück nur Sachschaden. In der Nacht vom 28. zum 29. April versuchen mehrere Jugendliche gewaltsam in das Café "Kurzschluss" im Pi-Haus einzudringen. Nachdem sich die Angestellten im Inneren des Hauses versteckt hatten, wurden Fensterscheiben zerstört und einer Mitarbeiterin mit einem ins Gesicht geworfenen Mülleimer das Nasenbein gebrochen. Während der Moslemtage vom 9.-12. Juni in

Freiberg wurden die Fensterscheiben der Böhmenschule in Freiberg-Friedeburg am helllichten Tage von Unbekannten eingeworfen. Keiner der Anwohner verständigte die Polizei. Als ein 17-jähriges Mädchen am helllichten Tag von einem Nazi-Bengel im Stadtpark genötigt wird, greift auch niemand ein. Der Freiburger Polizei kommt ebenfalls keine rühmliche Rolle zu. So benötigten die Freiburger Beamten von der Wache, in der ein Notruf einging, bis zum Einsatzort Pi-Haus 15 Minu-

ten, für schlappe 150 Meter. Als sie eintrafen konnten sie nur noch den Schaden dokumentieren und drei betrunkene Personen im Stadtpark als Tatverdächtige mitnehmen. Um am 20. April zum Jugendclub "Rote Rüben" zu fahren benötigte die Polizeistreife 30 Minuten. Der "Feibärger" nahm die Überfälle zum Anlass in der Jugendpolitik engagierte Politiker nach ihrer Meinung über Ursachen und Auswege zu erfragen. Lars Kleba (PDS-Stadtrat in Brand-Erbisdorf) und

Herr Kohlschmidt vom Pi-Haus in Freiberg gaben Rede und Antwort. Einige sächsische Schulen haben eine Initiative der DGB-Jugend aufgegriffen und Schulprojekttage zum Thema "Rassismus und Gewalt" durchgeführt. In Freiberg hat sich die Clara-Zetkin Schule daran beteiligt, eine Schule im übrigen, die sich durch ihr pädagogisches Engagement wohltuend von anderen abhebt.

*Gespräch mit Jugendpolitikern und Sozialpolitikern*

"Es ist traurig aber wahr. Erst wenn wirklich jemandem etwas passiert, wird man hellhörig aber dann meist auch nur für 14 Tage", so die wenig Mut machende Einschätzung Lars Klebas zu den Vorfällen um den Jugendclub "Rote Rüben". Seit einem Jahr ist er im Brand-Erbisdorfer Stadtrat vertreten. Erst als ein Punk in Hohenstein Ernsttal ermordet wurde gab es kurzzeitig etwas Aufbruch, der sich aber bald wieder legte. Richtige Konzepte hat niemand und manchmal wird man noch nicht einmal ernst genommen. Im Brand-Erbisdorfer Stadtparlament gibt es Leute, die behaupten, das seien alles nur "normale" Reibereien zwischen Jugendlichen, die es schon seit je her gegeben hat. Als Motivation für rechte Gewalt sehen sowohl Lars als auch Herr Kohlschmidt vom Freiburger Pi-Haus eine gewachsene Gewaltbereitschaft. "Die Gewaltbereitschaft ist ein generelles Problem" unterstrich Herr Kohlschmidt. Ideologische Motive haben allerdings nur wenige. Rechts zu sein ist im Moment ziemlich in, was beide Gesprächspartner als Hauptgefahr sehen, da sich Nazis diese Umstände zu nutze machen und so viele Mitläufer gewinnen. Unterschiedlich fällt jedoch die Beurteilung des Verhaltens der Polizei aus. Obwohl die Polizei erst 15 Minuten

nach dem ersten Notruf erschien "Gibt sich die Polizei Mühe", so Herr Kohlschmidt. Lars Kleba dagegen erzählt, dass er die Beamten, die sich nach einer halben Stunde sehen ließen erst einmal angeschrien habe, ob sie denn überhaupt wüssten, "was heute für ein Tag sei". Einen Ausweg gibt es nur, so Lars Kleba, "wenn generell etwas gesellschaftlich geändert würde". Es kann nicht sein, dass Ausländer ständig zu Sündenböcken gemacht werden. Herr Kohlschmidt vom Pi-Haus informiert nun bei jedem Fest die Polizei und erhofft sich dadurch Wirkung für die Zukunft. Nicht solange warten, bis etwas passiert, wollten Lehrer/innen der Clara Zetkin Schule, die präventiv einen Schulprojekttag zum Thema "Gewalt und Rassismus" organisierten.



Fast jedes Wochenende irgendwo in der Republik ein Aufmarsch, ein Konzert. Oben NPD-Treffen in Passau Ende Mai. Mit von der Partie der Freiburger Kempe (Bildmitte), rechts NPD-Aufmarsch am 1. Mai in Dresden. Mit pseudo-revolutionären Phrasen geht die NPD auf Stimmenfang. Bevorzugte Zielgruppe sind junge Männer. Die Gesellschaft tut zu wenig, um die Neo-Nazis in ihre Schranken zu weisen. In den letzten 10 Jahren verloren 200 Menschen ihr Leben. Ohne Zweifel eine Folge der menschenverachtenden Propaganda der Neo-Nazis.

## Jugendbildung in Form von Projektschultagen

[kch] Im Herbst 1998 startete eine Initiative der DGB-Jugend Sachsen. In Zusammenarbeit mit anderen sollte ein Projekt im Bereich Jugendbildung entstehen. Einen Schwerpunkt der Tätigkeit bildet die Durchführung von Projektschultagen (PST) unter dem Motto "Für Demokratie Courage zeigen". Dazu konnte auf bereits vorhandene Erfahrungen zurückgegriffen werden. Eine Testphase diente zur Profilierung konkreter Angebote.

Behandelt werden die Themenbereiche "Rassismus, Migration, Gewalt und Demokratie", "Umgang mit Geschichte und Rassismus" und "Fremdes, Sehnsucht und Kultur" entstanden. Inzwischen gibt es Begleitmaterialien, eine Koordinationsstelle bei der DGB-Jugend und eine Gruppe von 40 ehrenamtlichen Teamern, die das Projekt inhaltlich mittragen.

Am Ende der ersten Projektphase sind die Beteiligten zu ernüchterten Ergebnissen gekommen, die zeigen wie wichtig so ein Projekt in der heutigen

Zeit ist. In Freiberg hat sich bisher nur die Clara-Zetkin-Schule an dem Projekt beteiligt. Hier dürfte für Freiberg ein großer Nachholbedarf existieren. Denn auch in Freiberg ist ein deutlicher Trend zum "Rechts sein ist in" zu beobachten. Die Vorfälle beim Frühlingsfest, an dem ca. 30 junge Leute das PI-Haus angriffen, Menschen bedrohten und Scheiben einwarfen und versuchten den Jugendclub im Schloß zu überfallen, nur weil dort Jugendliche verkehren, die anders sind, unterstreichen die mangelnde Auseinandersetzung mit der rechten Pseudokultur.

"Teachers don't leave your kids alone..."

Im Gegensatz zu bekannten Rockgruppe "Pink Floyd", die in ihrem Stück "The Wall", die Lehrer auffordern, ihre Schüler in Ruhe zu lassen, muß mensche heute feststellen, dass Erzieher, Ausbilder und Lehrer die Jugendlichen mit den Problemen allein lassen. Oftmals aus dem falsch interpretierten Neutralitätsgebot, das für die Verbre-

chen, die der Rechtstrend mit sich bringt, überhaupt keine Geltung hat. Die DGB-Jugend Sachsen hat zwischen Mai und Juli insgesamt 55 Projektschultage mit ca. 1500 Schülerinnen und Schülern in ganz Sachsen durchgeführt. Die meisten Termine fanden in Ostsachsen und Leipzig, aber auch einige im Erzgebirge, Chemnitz und ländlichen Regionen statt. Konzeptionell streben die Macher(innen) eine aktive Beteiligung der Schüler(innen) an. Sie machen Mut zum Meinungsäußern und bieten den Jugendlichen einen Spiegel, der es ihnen ermöglicht, eigene Vorurteile zu erkennen und eventuell sogar abzulegen. In einem vorläufigen Resümee stellt die Initiative der DGB-Jugend Sachsen fest, dass das gesamte Projekt von allen Seiten eine äußerst positive Resonanz erfährt.

Nachfragen unter 0351/8633101



## Roland P. - Schläger im Amt ?

[fgÄ] Die Polizei dein Freund und Helfer. An so einem Werbeslogan haben der FreibÄrger und eine Frau aus Plauen berechnete Zweifel. Am 9. September 1996 war die Frau vor dem Chemnitzer Polizeipräsidium mit Herrn Pyka verabredet, der dort den Führungsstab leitete. Beim Anblick seiner Geliebten soll der Polizeichef plötzlich durchgedreht sein und unvermittelt mit der Faust auf die überraschte Frau eingedroschen haben. Selbst als sein Opfer bereits am Boden lag ließ er in neudeutscher Skinheadmanier nicht von ihr ab. Laut ärztlichem Gutachten war der Oberkörper der Frau mit Prellungen übersät. Ein erstes Ermittlungsverfahren gegen Freibergs Polizeichef wurde im November 1997 gegen Zahlung von zweitausend Mark Geldbuße eingestellt. Roland P. zahlte wie in der "Freien Presse" zu lesen war "um nicht ins Gerichte zu kommen". Ein indirektes Schuldeingeständnis? Richter Joachim Müller sah es als Geständnis und verurteilte Freibergs obersten Ordnungshüter zur Zahlung von 6000 Mark Schmerzensgeld. Der FreibÄrger fordert klar den unhaltbaren Zustand zu beenden, dass ein rechtskräftig verurteilter Schläger Chef der örtlichen Polizei ist. FreibergInnen, die sich von so einem Menschen nicht mehr beschützen lassen wollen sind aufgerufen ihr Missfallen zum Ausdruck zu bringen und an die Redaktion des FreibÄrger zu schreiben. Unter dem Motto: "Stoppt die Männergewalt gegen Frauen! Keine Staatskohle und keine Karriere für Polizeischläger!" wollen wir diesen Vorgang nicht zur Ruhe kommen lassen.



## Deutsche Frauen, Deutscher Wein und Deutscher Käse

-Stiftungsfest bei der rechtradikalen Burschenschaft "Glückauf"-

[madray] Annähernd 90 Burschenschaftler vergnügten sich am 13. Mai im Freiburger Brauhaus. Im vollem Wicks wurde auf Deutschland Bier getrunken, die Säbel gehoben und am Ende noch das Deutschlandlied in seinen drei Strophen gegrölt. Herrlich! Eine wahrhaft deutsche Freude diesen deutschen Männern und Frauen, natürlich im Dirndl, zuzusehen. Das fanden auch zahlreiche Gäste des Brauhofes, die das bierernste Stiftungsfest der Burschenschaft als verspätete Karnevalseinlage mit lautstarkem Gelächter und Helau - Rufen quittierten. Nachdem man sich zunächst im Biergarten bei Gerstensaft und deftigem Essen gestärkt hatte, wurde zum abschließenden Zeremoniell im Festsaal geschritten. Sechs wackere Deutschmännchen mußten stehend einigen Reden zuhören, während der Rest auf

seinen Stühlen hockte. Zwischendurch wurde immer mal rituell der Humpen gehoben und nachgeschüttet. Das zehrte an den Kräften. Auch ein paar sehr alte Herren und einige Professoren der TU-Bergakademie Freiberg hielten sich tapfer aufrecht. Der Wirt entschuldigte sich bei seinen Gästen im Biergarten und beteuerte, dass er gar nicht so genau wisse, was das sei "eine Burschenschaft", aber immerhin würden die gut bezahlen. "Ich habe Angst", meinte dagegen eine Angestellte und erzählte, dass die Herrschaften keinen Pfennig Saalmiete zu bezahlen hätten. Erstaunt waren einige BürgerInnen als sie den Herrn vom Tiefbauamt, Holger Reuter mit seiner Frau und den sonst so beflissen wissenschaftlich agierenden Professor Stoyan von der TU aus dem Saal kommen sahen.



Prof. Dr. Dietrich Stoyan

## Die Rote Armee war international!

Freiburger Amtsblatt legt falsche Spuren

[K] Wer einen Fehler macht, muß ihn (selbst) korrigieren, vorausgesetzt, dass er ihn entdeckt hat. Hat man ihm geholfen, den Fehler zu entdecken oder auf den Fehler hingewiesen, muß man ihn korrigieren und sich für den Fehler entschuldigen. Das ist allgemeiner Brauch und entspricht der Logik. Anders ist es geschehen mit dem Fehler im Amtsblatt der Stadt Freiberg, Nr. 4 vom 26. Januar 2000 (S. 4), mit fast gleichem Wortlaut in der "Freien Presse" vom 26. Januar. Ein aufmerksamer

Leser hat ihn bemerkt, bis zur nächsten Ausgabe des Amtsblattes gewartet, in der Hoffnung, dass der Fehler entdeckt wird und die Korrektur erfolgt. Leider war das nicht der Fall.

Trotz des Hinweises eines Bürgers am 8. Februar 2000 an den Amtsleiter Herrn Holm erfolgte auch in der Ausgabe 6 und 7 des Amtsblattes keine Berichtigung. Die fehlerhafte Bezeichnung lautet "Friedhof der russischen Armee". Allen historischen Tatsachen trotz die oben genannte Bezeichnung,

weil in Freiberg nicht die Angehörigen der russischen Armee begraben liegen, sondern wie es in offiziellen Unterlagen des jeweiligen Staates steht Angehörige/Mitglieder der sowjetischen Streitkräfte bzw. der Roten Armee. Freiberg ist eine alte Universitätsstadt, Studenten nicht nur aus osteuropäischen Ländern studieren hier und sie wundern sich, wenn sie eine "ungenau", da historischen Tatsachen nicht entsprechende Mitteilung im Amtsblatt lesen.



### Feiges Mordgesindel

Deutschland den  
Deutschen  
heißt Brandflaschen  
gegen  
Kinder, Frauen und  
Männer  
auf der Flucht  
auf der Suche

feige im bündischen  
Männerverein  
einen Schluck aus  
Dose  
oder Flasche einen  
Griff, einen Wurf  
weg  
Ausländer raus  
ein Geschrei  
weg  
die schmutzig  
braun schwarzen  
Stiefel mit  
weißem Band  
in Sieger-Pose in  
einen Haufen  
Asche

### Grenzenlose Futtertröge

Jede produzierte  
Kanone für Panzer  
und Zerstörer  
jedes Geschloß im  
Metallmantel gekleidet  
abgeschossen  
bringt Gewinn  
verschafft Arbeit und  
Plätze des Grauens

Siemens  
Krupp  
Thyssen  
Deutsche Bank  
Deutscher Gewerkschaftsbund  
Deutsche Mark  
Deutscher Wein und  
Deutsche Frauen  
überalles

### Brennende Fragen

*Können wir  
was tun ?  
Tun wir  
was!  
Unser Können ist  
erforderlich  
was wir tun  
muß  
gelingen*

*leise  
höre ich  
Euch alte  
Lieder singen  
und nicht nur das*

*ihr tut etwas  
gegen die Mörder  
nicht nur am  
Samstag demonstrieren  
jeden Tag, jede Stunde  
aus aller Munde  
wir tun was  
gegen das  
Faschistenpack  
in Lederkluft und  
Sonntagsfrack*

[aus: Eildert Schoof: Antifa\*Da]



## Revolutionärer 1. Mai in Moskau

[ky] Ein Weg, etwas über die politische Landschaft in Russland zu erfahren, ist die Teilnahme an einer der alljährlichen Großdemonstrationen zum "Tag der Arbeit und des Frühlings". Manifestationen und Kundgebungen finden in fast allen Städten Rußlands statt, in Moskau gleich zweimal: es gibt eine rechte Manifestation und eine linke. Wenn man eine vergleichbare Großveranstaltung in der Bundesrepublik schon mal besucht hat, ist man hier positiv überrascht. Die Vertreter der Staatsgewalt – Milizionäre, wie man sie jederzeit auf den Straßen der Hauptstadt trifft, ohne Robocopanzüge, ohne Helme und Schilde – verlieren sich in der Menge der Demonstrationsteilnehmer, es sind weder Hunde, noch Wasserwerfer oder Räumpanzer zu sehen. Keinen stört es hier, dass einige Teilnehmer verumumt und maskiert auftreten und auch das Kurdistankomitee ruft keine Eingriffe von Seiten der Miliz hervor. Alles verläuft ruhig und friedlich. Vielleicht, weil die Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer die 50 schon überschritten hat? Da fällt die

Kolonne von "Unsere 2000" auf: wie Kosmonauten aus dem fernen All erobert die Jugend Schritt für Schritt diesen Planeten. Die Maidemonstration zur Street Party! Auch bei den Nationalbolschewisten gibt die Jugend den Ton an: "Für Stalin und das Gulag!" und "Rußland ist alles – alles andere nichts!". Stalinbilder finden sich bei den Kommunisten, die Putin vor allem wegen der Zusammenarbeit mit den "Volksfeinden" und die Privatisierung von Grund und Boden kritisieren. Die Gewerkschaften warnen vor der Änderung des Arbeitsgesetzbuches, die die Situation der Arbeitnehmer in Rußland weiter zu verschlechtern droht. Auf der Abschlußkundgebung wird es dann ganz gemischt: nationalkommunistische und linksliberale Zeitungen finden sich neben ultrarechten und antisemitischen Schriften. Es werden Stalinbilder und Kassetten mit Liedern aus dem Grossen Vaterländischen Krieg verkauft und Plastiktüten

mit Motiven zum "Kampftag 1. Mai". Man liest von der Forderung nach Vereinigung von kommunistischer Partei und russisch-orthodoxer Kirche, da ja beide dasselbe wollten: Gerechtigkeit und ein grosses und starkes Rußland – ganz im Sinne von Marx und Lenin! Die Redner treten fuer die Rückbenennung von Volgograd in Stalingrad und die Bildung einer einheitlichen kommunistischen Partei in der gesamten Sowjetunion auf. Dann wird das Regime hinweggefegt und Putin an die Wand gestellt! Abstimmung – wer ist dafür? Die Mehrheit der Hände reckt sich in den Moskauer Frühlingshimmel. Na, da kann die Revolution ja beginnen!

## Emotionen um Tschetschenien

[ky] Das Thema Tschetschenien betrifft in Russland vor allem die jüngere Generation, weil die damit rechnen muss, als Wehrdienstleistende in den Krieg geschickt zu werden. Das bemerkt man selbst als Ausländer. So kommt es vor, dass nachts um 2 Uhr ein Bekannter aus dem Wohnheimwachtumschutz an die Zimmertür klopft und meine Nachbarin bittet, seiner Braut einen Brief zukommen zu lassen. Er wird morgen früh unerwartet in den Süden versetzt, keiner weiß genau wohin, aber das soll seine Liebste nicht wissen – sie würde sich nur beunruhigen. Eine russische Bekannte zeigt mir ihr Fotoalbum. Ein sehr guter Freund von ihr, noch aus Schulzeiten, war in einem der ersten Panzer, die in das befreite Grosny hineingefahren sind. "Er hat schreckliche Dinge erzählt, das kann man sich nicht vorstellen..." Als er wiederkam, war er drogenabhängig – "was bleibt denen auch anderes übrig". "Alle, die aus diesem Krieg wiederkommen, sind doch psychisch kaputt."

Kriegsbefürworter...

Trotz derartiger Erfahrungen sind die wirklichen Kriegsgegner in der Minderheit. In der regierungsnahen Presse wird betont, dass es noch nie in der Geschichte ein staatliches oder administratives Gebilde namens Republik Tschetschenien gegeben hat. Die Unabhängigkeitserklärung von 1991 wurde vom Parlament der Russischen Föderation (RF) nicht anerkannt. Folglich sind alle Maßnahmen, die auf Grundlage der Unabhängigkeitserklärung erfolgten und erfolgen, darunter die Präsidentschaftswahlen und die Verfassung, nach russischer Meinung illegal. Damit besteht die Republik Tschetschenien, die seit 1993 in der Verfassung der RF als eigenständiges Subjekt der Föderation genannt ist, faktisch nur auf dem Papier. Die russische Seite sieht keine legitimierten

Verhandlungspartner – mit ungesetzlichen Präsidenten und Terroristen kann man keine Friedensgespräche führen. Das zeige auch die Erfahrung des 1. Tschetschenienkrieges.

Man ist sich sicher, dass man den 2. Tschetschenienkrieg nicht verlieren wird. Zum einen hat die Armee aus ihren Fehlern gelernt, sie minimiert die Verluste. Zum anderen mischt sich die Politik nicht in die Angelegenheiten der Militärs, es ist gar die Rede von einer "carte blanche", die Putin den Generälen zugestanden hat und das wird als beste Garantie für ein erfolgreiches und baldiges Ende der "antiterroristischen Operation" gesehen.

Für die Zeit nach dem "Sieg" werden in der "Nezavissimaya Gazeta" folgende Pläne diskutiert: Solange sich in Tschetschenien kein nationaler Führer findet, der sich loyal zu Moskau verhält, soll ein Vertreter der russischen Regierung die Macht in der Republik ausüben, mit dem Recht jederzeit den Ausnahmezustand auszurufen. Dies stelle keine Verletzung der Souveränität der Republik als Föderationssubjekt dar (die Souveränität wird "nur" politisch nicht verwirklicht). Auf Grundlage der bestehenden sozialen und territorialen Strukturen könnte in Tschetschenien eine lokale Selbstverwaltung aufgebaut werden, d.h. in den Siedlungen sollen Ältestenräte die Entscheidungen treffen und dieses Prinzip soll sich bis in die obersten Etagen der Regierung fortsetzen. Durch eine Verwaltungsreform, die Gebiete in den Bergen und der Ebene in einen Verwaltungsbezirk vereinen soll, wobei sich das Bezirkszentrum in der Ebene befindet, könnte sichergestellt werden, dass in den gesetzgebenden und exekutiven Organen keine unloyalen Bergbewohner die Übermacht gewinnen.

Berichte über Menschenrechtsverletzungen von russischer Seite werden in der regierungsnahen Presse kaum veröffentlicht. Dahingegen wird dar-

auf hingewiesen, dass die in Tschetschenien verbliebene Bevölkerung die russischen Soldaten anflehe, die Republik nicht zu verlassen und der Mufti von Tschetschenien überzeugt sei, dass ohne die Föderationskräfte in Tschetschenien keine Ordnung eingekehrt wird. Und im russischen Fernsehen gibt es Grussendungen von der Front: "Mama, mir geht es gut. Wir haben viel Arbeit, aber kommen bald wieder."

...und Kriegsgegner

Die aktiven Kriegsgegner, zu denen u.a. die bereits in Europa bekannten Komitees der Soldatenmütter, der Vorsitzende der liberalen Partei "Yabloko" Grigori Yavlinski, die Transnationale Radikale Partei, die Antimilitaristische Radikale Aktion und andere gehören, haben in Russland einen schweren Stand. Sie organisieren Kundgebungen und Kongresse, und versuchen im Internet und der Presse über Menschenrechtsverletzungen zu informieren. Bei Unterschriftensammlungen gegen den Krieg und die Wehrpflicht muss mitunter harte Überzeugungsarbeit geleistet werden. Selbst Mütter von Söhnen im entsprechenden Alter, die eigentlich das Anliegen unterstützen, schreckt das aggressive "Radikal" im Namen einiger Organisationen ab.

Eine der weitgehendsten politischen Forderungen der Kriegsgegner ist die nach Abschaffung der Wehrpflicht und Schaffung einer Berufsarmee. Zunächst kämpft man aber um den alternativen Zivildienst. Nach Artikel 59 der Verfassung der RF haben die Bürger das Recht, statt des Kriegsdienstes einen alternativen Dienst abzuleisten, wenn ihre Überzeugungen und ihr Glaube der Ableistung des Kriegsdienstes widersprechen. Aber es ist nicht einfach, dieses Bürgerrecht wirklich zugestanden zu bekommen, da es bisher kein Gesetz gibt, das die Durchführung des

Zivildienstes regelt, und man sich bei Nichtleistung des Dienstes strafbar macht. So zum Beispiel wurde der Kriegsdienstverweigerer Dmitri Neverovski im November vergangenen Jahres zu 2 Jahren Freiheitsentzug verurteilt und sofort nach dem Urteil in Haft genommen, obwohl die Verteidigung sich in nächster Instanz an das Bezirksgericht wandte. So verbrachte er 5 Monate im Gefängnis, bis er im

April  
e n d -  
l i c h  
e n t -  
l a s s e n  
w u r d e  
( d e r  
F a l l  
b e -  
s c h ä f -  
t i g t e  
d a s  
E u r o -  
p a p a r -  
l a -  
m e n t ).  
I n z w i -  
s c h e n  
w i r d  
e i n  
G e -  
s e t z  
ü b e r  
d e n



Nationalbolschewisten demonstrieren am 1. Mai in Moskau

Zivildienst vorbereitet. Bereits im April hatte der Duma-Abgeordnete

Julian Rybakov einen liberalen Gesetzesentwurf in das Parlament eingebracht, der in etwa einen in der BRD üblichen Zivildienst vorsah. Erwartungsgemäß wurde das Projekt in der Duma abgelehnt mit der Begründung einer ungeklärten Finanzierung. Seit Mitte April beschäftigt sich eine Regierungskommission mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes. Wie bisher bekannt wurde, sieht der Entwurf eine doppelt solange Dienstzeit als beim Kriegsdienst vor – das sind immerhin 4 Jahre. Der Zivil-

dienst soll ausschließlich fern vom Wohnort des Zivildienstleistenden und in militärischen Einrichtungen geleistet werden, zum Beispiel als Küchendienst oder Reinigungskraft. Damit ist es durchaus denkbar, dass Zivildienstleistende auch in Tschetschenien eingesetzt werden. Die allererste Voraussetzung aber, um sein Recht auf einen alternativen Dienst zu verwirklichen, ist, dass der Wehrpflichtige eine

in nichts von der Stimmung Westeuropas gegenüber Jugoslawien. Die Vorurteile gegenüber dem Kaukasus sitzen tief. Meine Russischlehrerin versucht, mich anhand von Werken der russischen klassischen Literatur zu überzeugen, dass Russen und Tschetschenen nicht zusammenleben können. Es hätte schon immer Krieg im Kaukasus gegeben, das Volk dort sei kämpferisch, sehr stolz und grausam. Das kann man schon bei Tolstoi und Lermontov lesen (ich hatte aus der Literatur dennoch andere Lehren gezogen). Ab und zu hört man auch Menschen, die man eigentlich nicht des unverbesserlichen Stalinismus verdächtigt, sagen: Stalin war schrecklich, aber kein Dummkopf.

S e l b s t  
G r u s i n i e r

kannte er den Kaukasus und wußte am besten, was zu tun ist. Nachdem die Tschetschenen deportiert wurden, war Frieden. Jetzt sind sie wieder im Kaukasus und man sieht ja, was daraus wird...

#### Vorurteile

Selbst wenn kein Russe selbst in Tschetschenien kämpfen oder seine Freunde, Brüder, Söhne dort wissen will, dass im Kaukasus Frieden, Ruhe und Ordnung geschafft werden müssen, ist gesellschaftlicher Konsens. Da unterscheidet sich Russland

Merkwürdig ist bei all dem nur, dass dennoch Kaukasier und Russen friedlich und in einer Gruppe an einer Moskauer Universität studieren können – ohne sich gegenseitig umzubringen!

## Kolumne

## Nazi-Guppys

Letzte Woche war in einem Vorort die Leistungsschau des Aquaristenverbandes. Das nahm der „Offene Kanal“ dann zum Anlaß zwei Stunden, zur besten Sendezeit, den Vorsitzenden des lokalen Aquaristenvereins, unkommentiert zu Wort kommen zu lassen. So konnte dann der 65jährige Richard erzählen wie er in Lateinamerika von Wasserloch zu Wasserloch kroch um den „Zierfischfreunden in Deutschland eine neue Guppy-Art zugänglich zu machen“ und „die Malaria saß jeden Abend mit am Tisch“. Zum Glück, mag man da denken, saß sie mit am Tisch in Peru und hielt nicht bei der Leistungsschau des deutschen Aquaristenverbandes ein Referat über: „Mücken im Spannungsfeld zwischen Köder und Krankheitserreger“. Der einzige Wermutstropfen sei, so meinte Richard, daß sich immer noch zu wenig Frauen an „das Hobby Aquaristik herantrauen.“ Offensichtlich ist Richard in Peru der Malaria ein wenig zu nah gekommen und

verwechselt jetzt die begründete Angst von Frauen vor Rentnern die Guppy-Arten in Peru suchen mit der Abneigung zur Aquaristik. Wir wollten uns zum Beispiel ein Chamäleon kaufen, welches sich dann allerdings als 20 Jahre lebende, bis zwei Meter groß werdende, alles fressende Raubechse entpuppte. Kaum auszudenken wie demütigend es wäre immer eine zwei Meter langen Leguan hinter sich her trotten zu wissen. Denn „zahn sind die Tiere dann“ (nach 20 Jahren!), meinte jedenfalls der Verkäufer. Aber jetzt mal was ganz anderes. Kann es sein das den Nazis der Klabautermann, welcher ja immer die bevorstehende Katastrophe verkündet, jetzt auch an windstillen Tagen erscheint? Wie anders ist es zu erklären, daß der „Deutsche-Stimme-Verlag“, zuständig für NPD Merchandising seit einiger Zeit ein „Eau de Toilette“(Pfui! - wie französisch das klingt) namens: „Der Nationalist“ vertreibt. Der Duft soll angeblich „männlich herb“ sein und „jeden

Linken provozieren“. Nun provozieren die Nazis schon seit jeher mit mangelnder Allgemeinbildung, Mundgeruch, gut begründeten Minderwertigkeitskomplexen und Dumpfheit. Dass sie aber so weit gehen würden, wenn auch nur um Geld zu verdienen, stellt auch in der Nazidumpfbackenheitsliga einen enormen Schritt nach vorne, in die richtige Richtung -also in die geschlossenen Abteilungen der Psychiatrischen Kliniken - dar. Die 40 Mark welche der „Spaß“ kostet sind bestimmt gut angelegt, denn man kann das ganze ja auch trinken oder schnüffeln. Womit auch erklärt wäre wie die Nazi-Kids auf ihren schrägen Film kommen. Für Frauen gibt's das ganze auch und nennt sich: „Walküre“. Wenn die Nazi-Frauen davon in der Schwangerschaft täglich eine Flasche trinken, soll angeblich ein besonders guter Führer bei „rauskommen“. PrOIst!

*Luise Kraushaar*





+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine?

+++SPASS im Juli-August !!!

### Klub im SCHLOSS

Sonnabend, 1.7. EBM/Darkwave Party

### AJZ-Barricade

+Jeden Dienstag, Antifa-Cafe  
+Jeden Donnerstag, Kino+Vokü ab 19.00  
+ an beiden Tagen Infoladen geöffnet

### Theater und Lesung

Sonnabend, 1.7. Ausstellung im Pi-Haus  
Freitag, 7.7. Premiere: "Zurück nach  
Uskow" Freiberg/  
Kreuzgasse 3  
Montag, 17.7. DaDa-Lesung im  
10.000 Fuß  
Sonntag, 27.8. Premiere: "Die Zofen"  
18.00 Conradsdorf/  
Kuhstall

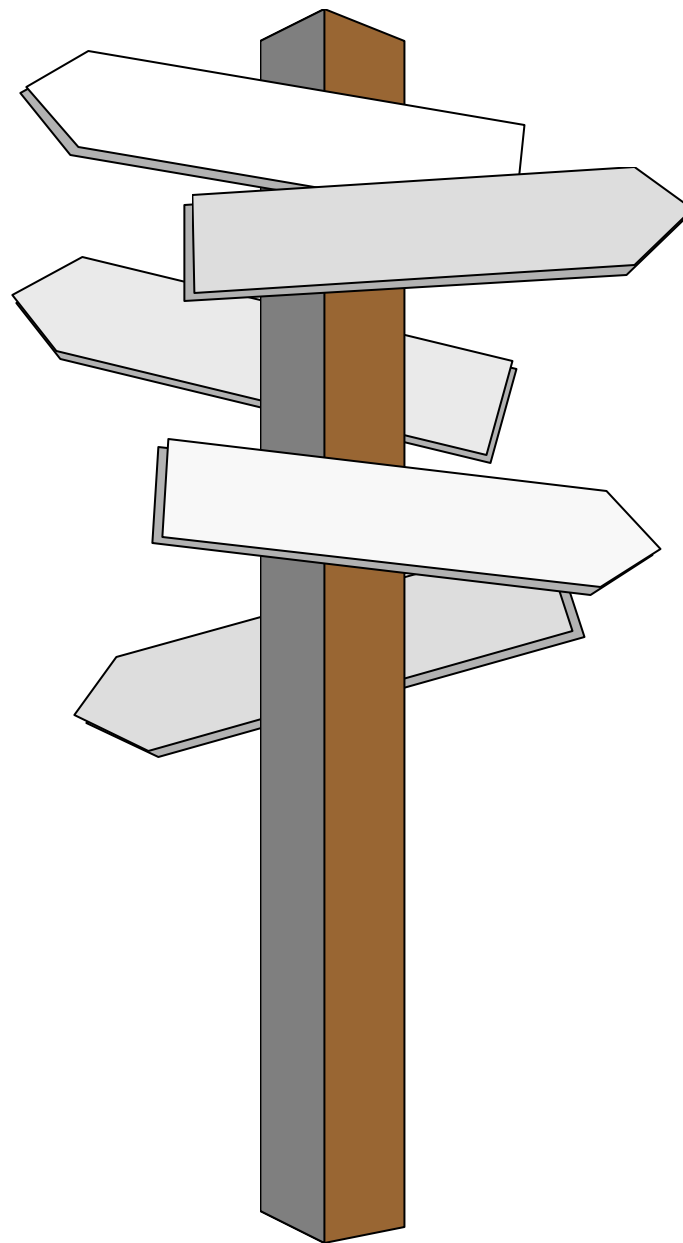
### Streetparty am Sonnabend, den 22.7.

Infos bei AJZ Barricade

### Flower Power Festival 28.-30.07.

Jahrestag des Todes von sieben Menschen,  
die auf der Flucht in die Bundesrepublik nach  
der Verfolgung durch Beamte des BGS in  
Weißenborn ums Leben kamen.

Treffen am Mahnkreuz in Weißenborn  
am 30.7.



**Impressum** V.i.S.d.P.: Jan Jeskow, Freiberg Anschrift der Redaktion: FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg Druck & Verlag: Eigendruck und Selbstverlag Satz: Madray Layout: Gerald Galka Erscheinungsweise: unregelmäßig (monatlich angestrebt) Hinweis: Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne UnterstützerInnen: Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzentrum "Quer", PDS-Kreisverband Freiberg, Einzelpersonen aus Freiberg.